

17. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 5. März 1958

235/J

A n f r a g e

der Abgeordneten K a n d u t s c h und Genossen
an den Justizminister,
betreffend Anzeige gegen Gewerkschaftsfunktionäre der Ortsgruppe
St. Lambrecht wegen Unterschlagung von Mitgliedsbeiträgen.

--- --

Seit dem 19. April 1957 laufen zwei Anzeigen gegen den bisherigen SPÖ-Bürgermeister Betriebsratsobmann der Dynamitfabrik und Ortsgruppenobmann des Gewerkschaftsbundes in St. Lambrecht Richard Füllerer und gegen den Betriebsratsobmannstellvertreter Lukas Schnedl wegen Unterschlagungen von Gewerkschaftsgeldern, die bei der Übernahme der Kassierstelle in der Ortsgruppe St. Lambrecht durch einen parteifreien Betriebsrat ans Tageslicht gekommen waren. Es wurde ein Fehlbetrag von S 14.684,09 festgestellt. Die ganze Affäre ist von steirischen Tageszeitungen bereits mehrfach aufgezeigt worden, ohne dass diese Darstellungen eine Berichtigung erfahren hätten. Unwidersprochen blieb auch die zitierte Bemerkung eines Landesekretärs des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, der in einer Betriebsversammlung erklärt haben soll, solche Vorkommnisse gehörten innerhalb des ÖGB geregelt und nicht der Presse übergeben.

Die Bevölkerung von St. Lambrecht ist nun mit Recht beunruhigt, weil sie hinter der Tatsache einer fast einjährigen seitens der Staatsanwaltschaft reaktionslos gebliebenen Anzeige eine durch Parteeinfluss bewirkte Verschleppung und Verdunkelung der ganzen unsauberen Angelegenheit vermutet.

Die ganze Richtigkeit des Vorwurfes der Unterschlagung geht aus der Tatsache hervor, dass die beiden obgenannten Funktionäre aller ihrer öffentlichen Ämter enthoben sind und Schnedl sogar entlassen wurde. Damit kann die Sache aber nicht abgetan werden. Die fraudulose Aneignung von Mitgliedsbeiträgen ist ein verwerflicher Kameradschaftsdiebstahl, der mit der ganzen Strenge des Gesetzes geahndet gehört.

18. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 5. März 1958

Die unterzeichneten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Justiz die

A n f r a g e :

1. Ist der Herr Minister bereit, eine Untersuchung anzuordnen, weshalb die seit dem April 1957 laufende Anzeige bisher zu keinerlei Einschreiten gegen die obgenannten Beschuldigten geführt hat?
2. Ist der Herr Minister bereit, dem Staatsanwalt die Weisung zu geben, die Anklage gegen die Beschuldigten zu erheben?